

Was wir geschafft haben und wo wir dranbleiben

## DpL: Wir tun was. Ein Rückblick

Von Thomas Rehak

Die Partei der Demokraten pro Liechtenstein wurde am 21. September 2018 von 37 Gründungsmitgliedern im Gasthaus Löwen in Vaduz ins politische Leben gerufen. Seit Oktober 2018 haben die Abgeordneten Herbert Elkuch, Erich Hasler und Thomas Rehak als neue Fraktion die politische Ausrichtung der DpL im Landtag vertreten. Dabei haben sie wie angekündigt ihren ursprünglichen politischen Auftrag konsequent weiterverfolgt und sind ihren Überzeugungen treu geblieben. Nachfolgend sind die wichtigsten Meilensteine der DpL im Landtag zusammengefasst.

### Gleichbehandlung der Familienmodelle

Eine Fremdbetreuung der Kinder ist unter bestimmten Umständen nötig und sinnvoll. Der Staat gibt dafür aber viel Geld aus. Beim traditionellen Familienmodell, also wenn die Mutter oder der Vater die Betreuung der Kinder übernimmt, gibt es keine finanzielle Unterstützung analog der Fremdbetreuung. Dabei ist gerade in den ersten Lebensjahren die Bindung an die Eltern von grosser Bedeutung.

### Für gerechte Familienförderung

Die DpL ist für eine Gleichbehandlung der Familienmodelle und setzt sich für eine gerechte Familienförderung ein. Bis vor Kurzem wurden alle Kita-Plätze, unabhängig davon, ob sie besetzt waren oder nicht, mit 15'000 Franken pro Jahr subventioniert. Auch wurden private Kita-Anbieter gegenüber den staatlichen Kitas benachteiligt, und inländische Eltern, die ihre Kinder in eine private Kita geben mussten, wurden nicht unterstützt, obwohl deren Einkommen grundsätzlich subventionsbedürftig gewesen wäre. Gegen solche Ungerechtigkeiten hat die DpL in der vergangenen Legislaturperiode angekämpft, indem diese in einem Postulat an die Regierung thematisiert, kritisiert und Änderungen gefordert wurden. In der Zwischenzeit hat die Regierung wesentliche Punkte unserer Forderungen umgesetzt. Seit Kurzem werden beispielsweise nur noch besetzte Kita-Plätze subventioniert. Alle Anbieter von Kita-Plätzen und alle Familien, die ihre Kinder in einer Kita betreuen lassen müssen, werden gleich behandelt. Allerdings hat die Regierung das geförderte Familieneinkommen bei CHF 213'628 viel zu hoch angesetzt. Wir bleiben dran, um eine gerechtere Förderung über alle Familienmodelle zu erzielen.

### Kostenbefreiung bei Mutterschaft

Familienzuwachs ist ein freudiges Ereignis, kann aber bei jungen Familien zu finanziellen Engpässen führen, wenn die Mutter im Zeitraum der Mutterschaft krank wird oder Komplikationen mit dem Kind auf-

treten. Seit 2015 hat Herbert Elkuch drei Vorstösse eingereicht mit dem Ziel, dieses Risiko herabzusetzen.

### Keine Franchisen und Selbstbehalte

Mittlerweile ist dieses Anliegen umgesetzt worden. Ab der 13. Schwangerschaftswoche bis 10 Wochen nach der Niederkunft wer-

Das grosse Thema Klimaschutz bewegt auch unser kleines Land. Die Politik dazu muss sich aber noch deutlicher den marktwirtschaftlichen Gegebenheiten unterwerfen. Fakten und Illusionen zum Thema auf **Seite 3**.

Welche Bedeutung die Demokratie in Liechtenstein hat und wie es diesbezüglich «zwischen den Wahlen» aussieht, lesen Sie im «Versuch einer Analyse» mit einem kritischen Resümee von Dr. Norbert Obermayr auf **Seite 4**.

Da geht bei vielen emotional die Post ab. In Triesen soll der Service Public der Migros übertragen werden – mit zu erwartender Qualitäts- und Vertrauenseinschränkung. Da werden viele Postkunden viel Vertrautes verlieren. **Seite 5**

Wenn die Regierung Lohndrückerei fördert, um auf dem Buckel der Schwächsten zu sparen, und sich zugleich gegen moderne Sklaverei stark macht und die Missstände im hiesigen Reinigungswesen unter den Teppich kehrt, dann stinkt aber etwas gewaltig. Lesen Sie zur Durchlüftung des Themas auf **Seite 5**.

Inländische Steuergelder sollen inländischen Rentnern zukommen und nicht mit der Giesskanne ins Ausland transferiert werden. 100 Millionen Franken verpuffen schnell, nach vier Monaten wäre bereits Ebbe in der Kasse. Lesen Sie mehr zum Thema AHV auf **Seite 7**.

Das Klima schützen und gleichzeitig die Vernunft bewahren. Auf **Seite 8** lesen Sie die interessante und einleuchtend formulierte Analyse von Herbert Elkuch, die Sie nach der Lektüre zum Mitdenken, Mitreden und Mitmachen animiert.

Bei der Covid-19-Pandemie wurde das Wohlergehen von jungen Menschen und Studenten nicht ausreichend berücksichtigt. Die kritische Beurteilung von Tarik Hoch finden Sie auf **Seite 8**.

Die inflationäre Kostensteigerung bei fünf freiwilligen EU-Programmen um sagenhafte 272% wird auf **Seite 9** hinterfragt.

den ab dem 1.1.2021 bei Krankheit und Komplikationen mit dem Kind keine Selbstbehalte und Franchisen mehr in Rechnung gestellt. Dies ist eine willkommene Unterstützung für junge Familien und eine finanzielle Risikoabdeckung. Nun können wir die nächsten familienunterstützenden Massnahmen angehen.

## Neuaustrichtung der Geburtszulage

Zwei Drittel (CHF 1,6 Mio.) der Geburtszulagen, welche aus unserer Familienausgleichskasse bezahlt werden, fliessen ins Ausland. Das Verrückte ist dabei, dass die Geburtszulagen an die österreichischen Grenzgänger vom österreichischen Staat einkassiert werden. Österreich selbst kennt keine Geburtszulagen.

## Österreich kassiert Geburtszulagen

Weil Grenzgänger gemäss EU-Recht gegenüber inländischen Arbeitnehmern nicht bevorteilt werden dürfen, verrechnet der österreichische Staat die liechtensteinische Geburtszulage mit dem Kinderbetreuungsgeld. Das führt dazu, dass dem in Liechtenstein beschäftigten Grenzgänger aus Österreich nichts von der liechtensteinischen Geburtszulage bleibt.

Das Paradoxe an dieser Situation ist, dass Liechtenstein sich freiwillig verpflichtet hat, Geburtszulagen zu exportieren. Dieses könnte rückgängig gemacht werden, wenn die Geburtszulage als Familienzulage deklariert würde, so wie Luxemburg das bereits gemacht hat. Wenn auf die Subventionierung des österreichischen Staates verzichtet würde, könnte die Geburtszulage für Familien in Liechtenstein zirka dreimal höher ausfallen, und die Eltern könnten es sich finanziell leisten, die Kinder länger selbst zu betreuen. Nicht nachvollziehbar ist, warum sich der jetzige Landtag gegen den Vorschlag der DpL ausgesprochen hat. Getreu dem «pro Liechtenstein» im Parteinamen werden die DpL-Abgeordneten an diesem Thema dranbleiben und sich für eine Besserstellung unserer Familien im Land einsetzen.

## Direktwahl der Regierung

Seit Beginn verfolgen die Abgeordneten der DpL das Ziel, dass das Volk die Regierung direkt wählen kann. Dazu hat die DpL die Regierung mittels eines vom Landtag überwiesenen Postulats beauftragt abzuklären, welche Auswirkungen die Einführung der Direktwahl der Regierung mit sich bringen würde.

## Direktwahl ist Bürgerwunsch

Dabei sollen verschiedene Varianten einer Direktwahl der Regierung einander gegenübergestellt und deren Vor- und Nachteile beleuchtet werden. Die Einführung der Direktwahl ist ein grösserer Eingriff in die Landesverfassung und muss gut durchdacht sein. Deshalb ist dies ein langfristiges Projekt. Die Direktwahl entspricht einem Wunsch eines Grossteils der Bevölkerung. Deshalb bleibt die DpL an diesem Thema dran.

## Kostenbefreiung für LieMobil-Abos

Vor den Sparmassnahmen konnten Schüler mit dem Schülerabo auch die Linienbusse ohne Aufpreis benutzen. Diese Leistung an Familien wurde zur Sanierung des Staatshaushaltes gestrichen.

## ÖV: Sparen am Ziel vorbei

In der vergangenen Legislatur war der Staatshaushalt gut aufgestellt, deshalb hat sich die DpL für Gratis-Abos für Schüler und Jugendliche bis 25 Jahre eingesetzt. Die Regierung und die Regierungsparteien sprachen sich jedoch gegen die Förderung des öffentlichen Verkehrs für Jugendliche und gegen eine Familienunterstützung aus. Welche Lehren sind daraus zu ziehen? Geht es dem Staat finanziell

schlecht, holt er sich das Geld beim Bürger und macht auch bei Familien nicht Halt. Geht es dem Staat finanziell wieder besser, gibt er das Geld anderweitig aus. Die DpL fordert, dass die während der Krise gekürzten Familienleistungen wieder gewährt werden. Verschiedentlich wurde Gratis-ÖV für alle vorgeschlagen. Unser Ziel ist es, wenigstens für Jugendliche und Pensionierte den ÖV kostenlos zu gestalten.

## S-Bahn

Die S-Bahn war in der Bevölkerung seit Jahren umstritten. Der Landtag stimmte mit 18 Stimmen dem Finanzkredit für den Ausbau der S-Bahn zu. Die Abgeordneten der DpL beantragten eine Volksabstimmung. Daraufhin startete der Verkehrsminister Daniel Risch (VU) mit Unterstützung der von FBP-Vertretern dominierten IG Mobiles Liechtenstein eine bereits vorbereitete Kampagne pro S-Bahn, so wie sie dieses Land kaum je gesehen hat.

## S-Bahn: Die Vernunft siegte

Das Gegenkomitee S-Bahn NEIN, die DpL und die DU, wurden teilweise von Befürwortern der IG und Co aufs Schärfste kritisiert und angegriffen. Die Regierung informierte über die S-Bahn unvollständig und komplett einseitig, was jedem Bürger auffallen musste. Manchmal musste man sich fragen, ob dies noch einer demokratischen Auseinandersetzung entspricht. Die Opposition hat die stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger mit zusätzlichen Informationen bedient, welche die Grossparteien und die Regierung zurückgehalten haben. Mit über 60% S-Bahn NEIN hat das Volk eindeutig entschieden. Nun muss die ÖBB ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen und den Bahnhof in Nendeln sanieren und die Lärminderung angehen. Die DpL unterstützt den öffentlichen Verkehr, will aber für Liechtensteiner und Grenzgänger die freie Verkehrsmittelwahl beibehalten. Verschiedene örtlich beschränkte Engpässe im Strassennetz, an denen die Staus beginnen, sollen nun kurzfristig eliminiert werden.

## Verschärfung der Einbürgerungskriterien

Die DpL hat eine Initiative zur Abänderung des Bürgerrechtsgesetzes eingereicht, diese wurde im Landtag von der VU, FL und DU abgelehnt. Mit der Vorlage wäre eine erfolgreiche Integration Voraussetzung für eine Einbürgerung gewesen.

## Einbürgerung: DpL bleibt dran!

Die Gesetzesinitiative umfasste zusätzliche Einbürgerungskriterien, wie sie in der Schweiz bereits Gesetz sind. Ziel war es, dass ein Bewerber für eine Einbürgerung integriert sein muss und sich der Gesellschaft zugehörig fühlt. Ausserdem wollten wir die Sprachvoraussetzungen für das mündliche Sprachniveau von B1 auf das Niveau B2 anheben. Es sollten nur Personen mit guten Sprachkenntnissen eingebürgert werden, da gute Sprachkenntnisse zentral für eine erfolgreiche Integration sind. Zu guter Letzt hätte auch die Wartefrist für eingetragene Personen für eine erleichterte Einbürgerung von 5 auf 10 Jahre angehoben werden sollen. Damit hätten die unterschiedlichen Wartefristen einander angeglichen werden können. Auch an diesem Thema bleiben wir dran.

## Öffentliche Unternehmen:

### Wer trägt die Verantwortung?

Die öffentlichen Unternehmen und damit ihre Vertreter im Verwaltungsrat oder in der Geschäftsleitung sind seit der Einführung des Gesetzes zur Steuerung und Überwachung der öffentlichen Unternehmen (ÖUSG) im Jahr 2010 bei der Ausübung ihrer Funktion von politischen Eingriffen weitgehend geschützt. Sie haben einen sehr grossen unternehmerischen Handlungsspielraum und können deshalb auch ohne Zustimmung des Landtages in neue Geschäftsfelder vorstossen (siehe Post, Telecom, Gasversorgung). Trotz klarer

Abschottung der Unternehmen von der Politik herrscht ein Gemauschel zwischen den staatlichen Unternehmen und der Regierung, weil die Verwaltungsräte mehrheitlich mit Personen besetzt sind, die einer der beiden Regierungsparteien nahestehen.

## Das Gemauschel muss aufhören

Geht etwas daneben, dann beruft sich die Regierung jeweils auf ihre beschränkten Eingriffsmöglichkeiten. Die Verwaltungsräte der öffentlichen Unternehmen ihrerseits wissen spätestens nach dem Post-Skandal, dass sie keine Konsequenzen zu fürchten brauchen. Bislang ist noch niemand zur Verantwortung gezogen worden, und zahlen muss am Ende des Tages der Steuerzahler. Mitreden soll der Landtag nicht, aber dafür Notkredite sprechen. Die DpL ist der Ansicht, dass der Landtag die Befugnis haben muss, bei der Bestellung und Abberufung der Stiftungs- und Verwaltungsräte mitzureden. Deshalb haben wir eine entsprechende Initiative eingereicht, die aber von VU/FL/DU und der Mehrheit der FBP bachab geschickt wurde. Erstaunlicherweise wollte der Landtag diese Kompetenz nicht zurück. Damit finden weiterhin keine öffentlichen Diskussionen und Wahlen der Verwaltungs- und Stiftungsräte statt. Damit stützte der Landtag die praktizierte Vetternwirtschaft der VU und FBP.

### Beispiellose Aufblähung des Verwaltungsapparats

Die Abgeordneten der DpL sind gegen einen weiteren, ungehemmten Ausbau des Verwaltungsapparates. Bei der Beratung des Lan-

desvoranschlags für das Jahr 2021 hinterfragte die DpL die neu zu schaffenden Stellen und forderte von der Regierung Zurückhaltung. Der Landtag bewilligte jedoch gegen die Stimmen der DpL jährliche Mehrkosten von CHF 5 Mio. für die Schaffung von 40 neuen Stellen für das Jahr 2021.

## Stellen-Tsunami bei Verwaltung

Bereits für die Jahre 2019 und 2020 wurden 51 neue Stellen bewilligt. Somit werden nun in nur 3 Jahren (2019 bis 2021) 91 Stellen in der Verwaltung geschaffen, was einem massiven und unverantwortlichen Ausbau der Verwaltung um 9,2% entspricht. Deshalb hat die DpL beantragt, die Lohnsumme um CHF 1,3 Mio. (ca. 10 Stellen) zu kürzen, doch auch dies fand im Landtag erstaunlicherweise absolut kein Gehör. Alle Parteien (FBP/VU/FL/DU) haben gegen den Kürzungsantrag der DpL gestimmt, dies im Wissen, dass die Wirtschaft im kommenden Jahr darben wird. Geplant ist ein Defizit von CHF 120 Mio. im Betriebsergebnis des Landes. Mit diesem Stellenausbau wird gemäss Finanzplanung der gesamte Personalausbaue-Spielraum für die kommenden Jahre 2022 bis 2024 praktisch zur Gänze ausgenützt. Dem Budgetentwurf und dem masslosen Ausbau des Verwaltungsapparates hat die DpL konsequenterweise als einzige Partei nicht zugestimmt.

# Illusionen und Fakten zur Liechtensteiner Energiezukunft

## Von Ulrich Hoch

Die Regierung hat in ihrer Energievision 2050 einen Ausblick vermittelt, wie sie die energiepolitische Reise in den nächsten 30 Jahren sieht. Bis 2050 soll der Energiebedarf gegenüber 2008 um 40% reduziert und zu 100% mit erneuerbaren Energien gedeckt werden. Zudem soll der CO<sub>2</sub>-Ausstoss bis 2050 auf netto null gesenkt werden. Auch wenn man der Meinung ist, dass ein vom Menschen herbeigeführter Klimawandel mittels einer CO<sub>2</sub>-Reduktion in der Atmosphäre umkehrbar ist, sollte man sich einmal die Frage stellen, wie illusorisch das Ganze doch klingt, wenn man sich an den Fakten orientiert. Im Pariser Klimaabkommen haben sich lediglich 30 Länder zu Mengenzielen verpflichten lassen. Gut 160 Länder, darunter die grössten CO<sub>2</sub>-Verursacher, haben keine Mengenziele bestätigt und halten sich an keinerlei Auflagen. Die meisten Staaten haben Lippenbekenntnisse abgegeben.

### Bürgerliche Parteien schwimmen auf Klimahype

Europa ist für knapp 9% des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstosses verantwortlich. Die Schweiz hat einen Anteil von 0,1%, Deutschland ca. 2%. Leider schwimmen heute auch bürgerliche Parteien auf dem Klimahype. Schon 1998 prophezeite Nigel Calder: «*Alle Parteien der Industriestaaten, ob rechts oder links, werden die CO<sub>2</sub>-Erderwärmungstheorie übernehmen. Diese ist die einmalige Gelegenheit, die Luft zum Atmen zu besteuern. Weil sie damit angeblich die Welt vor dem Hitzetod bewahren, erhalten die Politiker dafür auch noch Beifall. Keine Partei wird dieser Versuchung widerstehen.*» Calder ist ein vielfach ausgezeichnete britischer Wissenschaftsjournalist. Der Handel mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten ist ein marktwirtschaftliches Instrument. Die Klimaschutzpolitik ist weit davon entfernt, sich marktwirtschaftlichen Gesetzen zu unterwerfen. Hier wird mittels staatlichem Interventio-

nismus und einer Regelwut nicht nur die Energiesicherheit gefährdet. Nein, auch die Energiekosten werden immer mehr ansteigen und damit auch den Wirtschaftsstandort benachteiligen. Radikale Klimaaktivisten fordern, den Kapitalismus zu zerschlagen und primitive Lebensstile aufzunehmen.

## Nur 30 Länder haben sich zu Mengenzielen verpflichtet

Man darf aber nicht vergessen, dass der Mensch den Wunsch hat, Technologien zu kreieren, um die Energieeffizienz zu verbessern, die Luft reinzuhalten und eine saubere Umwelt zu garantieren.

### Markt ist treibendes Element für Innovationen

Umweltschützer sind sehr oft gefangen in der Idee, der freie Markt könne das nicht garantieren. Falsch gedacht! Die Geschichte der Menschheit hat immer wieder bewiesen, dass einzig der Markt das treibende Element hinter innovativen Technologien war, die Lösungen hervorbringen. Es gibt unzählige Beispiele, wie verfehlt staatliche Interventionen sind, unsere Umwelt zu schützen.

## Klimaaktivisten möchten Kapitalismus zerschlagen

Das wohl fragwürdigste Beispiel ist die die Formel der EU, in der E-Autos mit null CO<sub>2</sub>-Emission angesetzt werden. Eine Mogelpackung sondergleichen. Der Auspuff des E-Autos wird ins Kraftwerk verlagert. Bei der Windenergie ist dies zwar nicht der Fall, aber in Deutsch-

land beispielsweise besteht ein schlechter Energiemix, sodass E-Autos keinen grossen Vorteil gegenüber einem Diesel bieten. Dazu kommt noch die nicht berücksichtigte Ökobilanz der Batterieherstellung für ein E-Auto.

## E-Autos generieren nicht die erhofften Vorteile

Hans-Werner Sinn, ein renommierter Kritiker des EU-Green-Deals, bringt es auf den Punkt: «Die Massnahmen sind nicht zielführend,

da die Welt über Märkte für fossile Brennstoffe, insbesondere Öl und Gas, miteinander verbunden sind. Wenn Europa weniger Öl und Gas verbrauche, gehe dieses woanders hin. Die Ölscheichs und Gasoligarchen in Russland werden ihr «Gold» nicht in der Erde lassen. Die Preise werden etwas sinken, und damit werden die fossilen Energieträger noch interessanter. Die Kasteiung der EU-Politiker wird also im Nichts verpuffen.» Der Ölverbrauch hat sich bisher nicht von Nachfrageschwankungen beeindrucken lassen. Planwirtschaftliche Massnahmen sind nicht zielführend und gefährden nicht zuletzt den Wirtschaftsstandort, und die Gefahr ist gross, dass schlussendlich diese Massnahmen zu höheren Kosten führen werden als der Klimawandel selbst.

### Kommentar

von Dr. Norbert Obermayr

#### DEMOKRATIE IN LIECHTENSTEIN Der Versuch einer Analyse

Gerade in Vorwahlzeiten hört man bereits im Zuge vieler Nominierungsveranstaltungen (ganz besonders bei den beiden grossen Parteien), welche Bedeutung die Demokratie in Liechtenstein hat und wie hoch sie gehalten wird. Irgendwie erinnert es mich an die Asterix-Hefte: Dort wehrt sich eine Handvoll Gallier gegen die Übermacht der Römer.

Wie sieht es aber mit der Demokratie «zwischen den Wahlen» aus? Dazu genügen zwei Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit. Da wären einmal das Mobilitätskonzept und die Abstimmung zur S-Bahn zu nennen und auch die Zuschüsse für die Bergbahnen in Malbun und dem Tourismuskonzept. Wenn es noch eines dritten Beweises bedarf, nenne ich noch die Regierungsvorhaben zur AHV.

Das Mobilitätskonzept hat schon einen so langen Bart, dass manche Märchenfigur verblassen könnte. Das Konzept 2015 wurde bereits abgelehnt; aber anstatt einmal «dem Volk aufs Maul schauen», verschwand es in der Schublade und wurde – oh Wunder – 2020 in der wesentlich gleichen Fassung wiederentdeckt. Zugegeben: Die vielen verschiedenen Interessen im Land auf einen Nenner zu bringen, gleicht schon der Quadratur des Kreises. Jedes Vorhaben, und ist es noch so gut gemeint, scheitert schon allein daran, weil sich die Bevölkerung bei dieser Vorgehensweise nicht eingebunden fühlen kann. Das ist im Nachhinein auch mit ganz vielen Präsentationen und Medienberichten nicht mehr gutzumachen. Verhandlungen im «stillen Kämmerlein» ergeben eine Situation wie beim Kauf eines Überraschungseis. Wieviel Geld die Präsentationen und die Medienberichte gekostet haben, darüber wird eisern geschwiegen. Auch was das «feine z'Mittag» in Wien war, darüber wird geschwiegen. Wen überrascht es da wirklich, wenn breite Teile der Bevölkerung sich dagegenstemmen. Einige darunter haben vehement versucht, mit Medienberichten entgegenzuhalten. Ein aussichtsloses Unterfangen, wie sich der Schreiber dieser Zeilen eingestehen musste. Eine Zeitung (in der Dienstagausgabe als amtliche Zeitung anerkannt) schreibt in einem sogenannten Faktencheck, was an meinen Aussagen alles falsch gewesen wäre. Eine Gegen-Stellungnahme wurde verwehrt, sinngemäss mit dem Hinweis, «ich wäre ja nicht namentlich erwähnt worden und hätte damit kein Recht dazu». – Wie das Volk letztlich entschieden hat, ist hinlänglich bekannt. Das alles aber als «den grossen Erfolg» darzustellen, grenzt schon an erheblicher Wahrnehmungsverzerrung bis hin zur Wahrnehmungsverweigerung. Und jede Person, die sich ein klein wenig mit Psychologie auskennt, weiss, dass damit auch eine Lernunfähigkeit bis Lernunwilligkeit verbunden ist. Liebe Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner, denkt daran, wenn ihr

am 7. Februar den Wahlzettel in Händen habt. Ein anderes Beispiel ist der Zuschuss, den der Landtag jüngst für die Bergbahnen Malbun zu beschliessen hatte. Damit kein falsches Bild aufkommt: Ich bin für die Bergbahnen in Malbun, und vor allem, dass es als Naherholungsgebiet speziell (aber nicht nur) für unsere Jugend erhalten bleibt. Gibt es ein Gesamtkonzept Tourismus und Bergbahnen Malbun? Eine Ente wird noch zu keinem Schwan, auch wenn «der kleine Michi» ihm «Schwan» zuruft. Ich kenne kein wirkliches und übergreifendes Tourismuskonzept, und wenn es das doch geben sollte, dann frage ich mich ernsthaft, wie derartige Verträge mit der JUFA zustande kommen können. Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren; so ist doch das Konzept. Wie steht die Bevölkerung zum Malbun als Erholungsgebiet und was ist sie dafür bereit zu geben?

Die Regierung plant – weil ein Unternehmen eine sehr hohe Steuernachzahlung leisten muss –, für die AHV einen Zuschuss von CHF 100.000.000 zu leisten. Eine Diskussion darüber hat noch nicht stattgefunden. Die Frage, wann ist die Bevölkerung einzubinden und wann ist es nicht erforderlich, ist sicherlich ein Nahtbereich. Was mit CHF 100.000.000 zu machen wäre, darüber werden die Meinungen wahrscheinlich auch weit auseinandergehen. Vielleicht ist es aber auch gar nicht die konkrete Frage, was mit CHF 100.000.000 gemacht werden soll, sondern es ist die Frage: Was bewegt die Liechtensteiner (genderneutral)? Wenn die Regierung und der Landtag das wirklich wissen, dann können sie auch danach handeln. Fest steht, dass trotz einer 100-Millionen-Spritze für die AHV die Renten nicht erhöht werden.

Jetzt in der Vorwahlzeit ist auch wieder die Zeit der «gescheiterten Leute»! Jede nominierte Person weiss jetzt, was zu tun ist, und fällt gleich nach der Wahl einem unheimlichen Vergessen anheim.

#### Resümee

In meiner Wahrnehmung ist die Verbindung zwischen Regierung und Bevölkerung nicht ausreichend genug gegeben. Auch der Landtag wirkt in vielen Bereichen abgehoben. Das wird verständlich, wenn man weiss, dass es im Grunde genommen nur zwei Parteimeinungen gibt, und die haben – und das wird sich hoffentlich bei der nächsten Wahl ändern – die Weisheit gepachtet. Deren Meinung wird in allen Medien vertreten, sie bekommen das Geld für Präsentationen und, und, und. Eine wirkliche Demokratie sieht für mich anders aus: Zuerst wissen, was die Bevölkerung will (z.B. durch regelmässigen Kontakt), und dann durch offene und ehrliche und (vor allem auch) umfassende Information. Im «Amtsblatt» und in den staatlich unterstützten Medien müssen zumindest alle öffentlich-rechtlichen Institutionen das gleiche Recht und die gleichen Möglichkeiten haben, die Bevölkerung zu informieren. Und zwar so, dass diese in die Planungen bereits einfließen können und nicht erst im Nachhinein, wenn alles ausgemacht scheint. Das wäre für mich gelebte Demokratie. Und dafür stehe ich ein.

# Post Triesen: Demontage trotz hoher Kundenfrequenz

Markus Sprenger / Klaus Dieter Kindle

Die Poststrategie, nach den verschiedenen finanziellen Desastern im Ausland der letzten Jahre, die Post wieder in den Gewinnbereich zu bringen, ist nachvollziehbar. Dies darf aber nicht auf Kosten der Eigentümer dieser Firma, nämlich der Allgemeinheit, mit Reduktion der Standorte und damit der Abschiebung der Dienstleistungen in Mischzonen von Märkten wie der Migros passieren. Die Post hat in erster Linie einen Service-Public-Auftrag.

Zitat Roland Seger, Chef LIE-Post, anlässlich der Eröffnung der Postfiliale Triesenberg: «Wir verfolgen in unserer Strategie, dass Gemeinden mit hoher Kundenfrequenz weiterhin eigene Poststellen betreiben.»

Triesen als grosse Gemeinde erfüllt sicherlich die hohe Kundenfrequenz, damit eine eigene Poststelle behalten werden kann.

Wenn es nach dem Verwaltungsrat und der Geschäftsführung der liechtensteinischen Post geht, verliert Triesen aber als eine der drei grossen Gemeinden Liechtensteins ihre eigene Poststelle, obwohl sie seit Jahrzehnten mit hoher Kundenfrequenz sehr gut wirtschaftet und es nie Anlass zu Reklamationen an den Diensten und Angeboten gab. Diese Dienste sollen nun aber sang- und klanglos der Migros übertragen werden. Somit gibt sich die liechtensteinische Post in Abhängigkeiten eines ausländischen, ausschliesslich gewinnorientierten Marktbetreibers mit eigenen Marktstrategien.

## Sang- und klanglos der Migros übergeben

Mit dem geplanten Auszug der Post ist es wichtig zu erkennen, was wir in Triesen verlieren werden, nämlich eine Dienstleistung in einem für die Post konzipierten, funktionalen Zweckgebäude mit entsprechenden autonomen Aussenflächen und einem selbstbewussten eigenen Erscheinungsbild im Zentrum von Triesen.

Es darf behauptet werden, dass die Post Triesen bei den Einwohnern der Ortschaft und im Oberland die beliebteste Poststelle geblieben ist. Die Post Triesen verfügte auch dank ihrer eigenen Lehrlingsausbildung jeweils über vertrautes, kompetentes und bestens ausgebildetes Fachpersonal. Mit der Übertragung der Dienste an Private wird auch die Ausbildung aufgegeben, inklusive des Vertrauens in das Postgeheimnis, wie wir es bis jetzt kannten. Bareinzahlungen für Private mit Postbüchlein werden nicht mehr möglich sein. Damit werden auch vor allem ältere Mitbürger in Triesen zu kämpfen haben.

In der Summe wird somit der Service Public reduziert, und die postalische Dienstleistung und die Qualität werden somit abnehmen. Bekannterweise führte die Auslagerung der Postdienste in den ver-



gangenen Jahren bei unseren Nachbarn in der Schweiz, Österreich und Deutschland zu Unzufriedenheiten und schlechterer Qualität des Postservices, was in verschiedensten Berichterstattungen nachgelesen werden kann. Warum soll in Triesen etwas aufgegeben werden, das sich seit über 40 Jahren bewährt und die Dienstleistungen optimal erbracht hat. Stattdessen sollen die Dienste ausgelagert werden an marktorientierte Unternehmungen, welche in erster Linie andere Motive haben als den Service Public, nämlich profitabel zu sein und Geld zu verdienen. Dass dies auch noch an einem Ort geschehen soll, welcher nicht zentraler liegt, sondern vor allem aufgrund der grossen Übernutzung mit Lauf- und Fahrkundschaft von Migros, Denner, Café und Wohnungen belastet wird, ist ebenfalls ein Negativpunkt.

## Postgeheimnis verliert an Glaubwürdigkeit

Die zu erwartenden zusätzlichen Verkehrs- und Sicherheitsprobleme an diesem sozialen Brennpunkt an Dorf- und Landstrasse werden bestimmt zu Diskussionen und Massnahmen führen, dessen darf man sich sicher sein. Dies gilt es jetzt zu verhindern und den Verwaltungsrat der Post an den wirklichen Auftrag zu erinnern, nämlich die Sicherstellung des Service Public und nicht die Gewinnmaximierung und Auslagerung von Verantwortung an Dritte.

# Reinigungswesen: Regierung fördert Lohndrückerei

Von Erich Hasler

Die Regierung verfolgt die Strategie, alle Reinigungsarbeiten extern zu vergeben. Momentan haben gerade mal noch 26 Reinigungskräfte einen Arbeitsvertrag bei der Landesverwaltung. Diese sind in den Lohnklassen 3 und 4 eingereiht (Lohnklasse 3: Minimum CHF 51'100.–, Maximum CHF 78'070.– Jahresgehalt, inkl. möglicher Leistungsbonus). Das ergibt einen Stundenlohn zwischen ca. CHF 25.– und CHF 38.– bei jährlich effektiv geleisteten 2060 Arbeitsstunden (4 Wochen Ferien berücksichtigt).

Ziel der Regierung ist es, sämtliche Reinigungsarbeiten neu aususchreiben. Betroffen sind insgesamt 45 Gebäude, die dem Land gehören. Zwischenzeitlich wurden bereits mehrere Lose ausgeschrieben und neu vergeben. Dabei hatten die bekannten einheimischen Reinigungsfirmen und ihre zum Teil langjährigen Mitarbeiter das Nachsehen. Den Zuschlag bekamen ausländisch kontrollierte Firmen wie der dänische Reinigungsgigant ISS, der günstiger offerierte. Der Reinigungsgigant ISS hat europaweit ca. 500'000 Mitarbeiter und einen Ableger in Schaan unter dem Namen ISS Facility Services (Liechtenstein) AG.

## Folgende Neuvergaben wurden im Jahr 2020 gemacht:

Objekt	Billigste Eingabe	KV ABI	Preisreduktion
Schädlerhaus, Vaduz	CHF 36.000	CHF 80.000	55%
Haus Melliger, Vaduz	CHF 26.200	CHF 60.000	56%
Post Triesen	CHF 35.800	CHF 100.000	64%
Haus Gamander, Schaan	CHF 32.000	CHF 40.000	20%
Medienstelle Vaduz	CHF 20.400	CHF 50.000	60%
AMS Schulungsräume	CHF 26.600	CHF 55.000	52%
Haus der Finanzen	CHF 124.800	CHF 220.000	43%
Busbahnhof, Schaan	CHF 53.100	CHF 100.000	47%
Kunstschule, Nendeln	CHF 63.000	CHF 100.000	37%
Musikschule, Triesen	CHF 86.200	CHF 180.000	52%
Time-Out-Schule	CHF 27.500	CHF 40.000	31%
Landesmuseum, Vaduz	CHF 211.700	CHF 400.000	47%
Engländerbau, Vaduz	CHF 59.700	CHF 115.000	48%
Werkhof, Triesenberg	CHF 39.700	CHF 80.000	50%
WC-Anlage Schloss	CHF 31.800	CHF 50.000	36%

## Sparen auf dem Buckel der Schwächsten

Gemäss Auskunft der Regierung konnten durch die Neuvergabe der Aufträge die Kosten um 30% gesenkt werden. Diese Kosteneinsparungen passieren leider genau auf dem Buckel der Schwächsten unserer Gesellschaft. Es ist bekannt, dass auch ein 100%-Pensum bei der ISS kaum ein vernünftiges Auskommen ermöglicht. Schliesslich beträgt der Mindeststundenlohn gerade mal CHF 18.70 brutto (exkl. Ferienanspruch von 8,3% und Feiertagsanspruch von 4,0%). Es ist klar, dass die inländischen Reinigungsfirmen zum Teil Personal abbauen mussten. Diese Personen können zwar in die Dienste der neu beauftragten Reinigungsfirmen wechseln, fangen dann aber wieder beim Mindeststundenlohn an.

## Weltweit gegen moderne Sklaverei, aber Missstände im eigenen Land

Wer mit betroffenen Personen spricht und das ganze Ausmass der Ausbeutung sieht, muss sich für so eine Politik schämen.

## Scheinheilige und verlogene Regierungspolitik

Dazu passt natürlich sehr gut, dass Liechtenstein im Rahmen der UNO weltweit gegen moderne Sklaverei kämpft. Eine scheinheiligere und verlogenerere Politik kann man sich wohl kaum vorstellen.

## Sozialhilfeempfänger züchten

Das Ganze ist paradox: Zuerst wird auf Kosten der Einkommensschwächsten gespart, und der Steuerzahler darf danach die gleichen Personen mit Mietbeihilfen, Sozialhilfe und AHV-Ergänzungsleistungen usw. unterstützen.

Aber warum macht die Regierung dies? Neben mangelnder Empathie der Regierungsmitglieder für Geringverdiener hat die Auslagerung der Reinigungsdienste den Vorteil, dass das eigene Personalbüro von einer lästigen Arbeit entlastet wird. Der tiefere Grund dürfte jedoch darin liegen, dass mit der Reduktion des eigenen Reinigungspersonals die Zahl der Staatsangestellten auf der Lohnliste des Landes deutlich kleiner wird, sodass die Verwaltung an anderer Stelle aufgebläht werden kann, ohne dass es auffällt.

## Löhne und Qualität leiden

Es wäre natürlich ein Trugschluss zu glauben, dass die Auslagerungspolitik der Regierung keine Auswirkungen auf die Qualität hat. In der



Landesverwaltung haben sich diesbezügliche Reklamationen gehäuft. Beim Gymnasium Vaduz reinigt neu seit dem 1. Januar 2020 die ISS Facility Services (Liechtenstein) AG.

Dafür mussten vier sehr langjährige Mitarbeiterinnen, die tagsüber für die Gebäudereinigung zuständig waren, ihren Arbeitsort intern wechseln. Wenigstens wurden sie bislang nicht entlassen.

## Grosse, sicht- und riechbare Qualitätseinbussen

Wenig erstaunlich ist, dass das Ergebnis der Sparübung eine gewaltige Qualitätseinbusse ist.

So beklagen Schüler der 6. Schulklasse in einem Artikel der LG Nachrichten (Nr. 2 vom März 2020):

«Die Reinigung des Schulhauses war auch ein grosses Thema. Da seit dem 1. Januar 2020 eine Reinigungsfirma das Schulhaus reinigt und dies auch nicht mehr so oft, gab es viele Reklamationen, wie Edy Kindle bestätigte. So klagten die Lernenden z.B. über eine mangelhafte Reinigung der WCs. Edy Kindle meint, man gehe der Sache nach. Er bittet ausserdem, beim Verlassen des Klassenzimmers die Stühle aufzustuhlen, da der Putzdienst sonst nicht putzt.»

Also ein Bravo an die Regierung! Geld gespart – und dafür dürfen die Gymnasiasten tagsüber unappetitliche WCs benutzen.

## Zum Reinigungsgiganten ISS

49 Prozent der ISS gehören der Rossmann Beteiligungs GmbH. Diese gehört zum Imperium von Dirk Rossmann, dem eine der grössten Drogeriemarktketten Europas mit Hauptsitz in Burgwedel bei Hannover gehört. Die 1972 von Dirk Rossmann gegründete Dirk Rossmann GmbH erzielte 2019 mit total 56.200 Mitarbeitern einen Umsatz von ca. 10 Milliarden Euro.



# 100 Mio. Steuergelder für die Stabilisierung der AHV?

Von Herbert Elkuch

«Wenn wir 100 Millionen Franken in die AHV investieren, dies zugunsten unserer Senioren und die künftigen älteren Generationen...» (Vaterland, 20. Juli 2020, mitunterzeichnet von einem bekannten Unterländer FBP-Abgeordneten). Viele Rentner setzten diese Aussage mit einer Erhöhung der AHV-Rente gleich. Das zeigen E-Mails, die eingegangen sind, mit der Bitte, man möge diesen Vorschlag unterstützen, da viele Rentner mit sehr wenig auskommen müssten. Die Hoffnung, dass mit den 100 Mio. eine Rentenerhöhung einhergehen könnte, ist in Wirklichkeit nicht angebracht.

## Viele Rentner müssen mit sehr wenig auskommen

Mit diesen 100 Mio. in die AHV würde die AHV-Rente um keinen Rappen erhöht. Für eine zeitnahe Rentenerhöhung müsste das Gesetz geändert werden, und dies steht in der Dezember-Landtagssitzung nicht zur Debatte.

### AHV muss stabilisiert werden

In der Dezembersitzung geht es um die langfristige finanzielle Sicherung der AHV. Die AHV besitzt ein grosses Vermögen, das zu 86% durch «inländische Mittel» angespart wurde (BuA 2016/40). Dieses Vermögen und der derzeitige Beitragssatz reichen nicht, um in fernerer Zukunft die in- und ausländischen Renten mit Sicherheit zu finanzieren. Um die AHV-Einnahmen zu verbessern, gibt es grundsätzlich zwei realistische Möglichkeiten: Entweder den Staatsbeitrag oder die AHV-Beiträge erhöhen oder beides zusammen. Gibt der Staat Geld in die AHV, stammt dieses aus Steuerveranlagungen in Liechtenstein. Werden die AHV-Lohnbeiträge erhöht, tragen alle Versicherten, In- und Ausländer, im In- und Ausland zur Sicherung der AHV bei.

## 100 Millionen würden gerade mal 120 Tage reichen

Mehr als die Hälfte der Versicherten wohnt im Ausland und bezahlt dort Einkommenssteuern. Mit dem Staatsbeitrag entsteht für liechtensteinische Bürgerinnen und Bürger eine Doppelbelastung. Sie müssen die Sicherung für in- und ausländische Renten übernehmen, derweil ausländische Versicherte nicht beteiligt wären, aber von Geldern aus Liechtenstein profitieren würden. Deshalb ist es besser, die Beitragssätze auf das Niveau der Schweiz anzuheben. Dann tragen alle Versicherten zur langfristigen finanziellen Sicherung der AHV bei, sowohl In- als auch Ausländer.

Die 100 Mio. in die AHV wären sowieso ein Klacks. 100 Mio. reichen derzeit gerade mal, um die Renten 120 Tage lang auszubezahlen, oder man könnte ein Jahr lang die Renten ins Ausland finanzieren. Die Rentenausgaben steigen von Jahr zu Jahr. In Zukunft reichen 100 Mio. für noch weniger Tage.

### Zusätzlicher Zustupf für liechtensteinische Rentner

Was könnte gemacht werden, damit inländische Gelder den inländischen Rentnern zukommen und nicht mit der Giesskanne im In- und Ausland verteilt werden? Vor noch nicht allzu langer Zeit brachte ich die Idee ein, dass den Rentnern, die in Liechtenstein wohnhaft sind, direkt aus der Staatskasse ein Betrag (eine Sommer-Gratifikation?) ausgezahlt werden könnte. Rentner in Liechtenstein bezahlen hier Steuern und beleben die Wirtschaft hier im Land. Hingegen, wenn Geld in die AHV gegeben wird, muss dieses nach EWR-Recht an alle

AHV-Rentner ausbezahlt werden, also auch an die zwei Drittel der Rentner, die im Ausland wohnen und dort Steuern bezahlen und dort die Wirtschaft unterstützen.

## Geld muss als Wertschöpfung dem Land erhalten bleiben

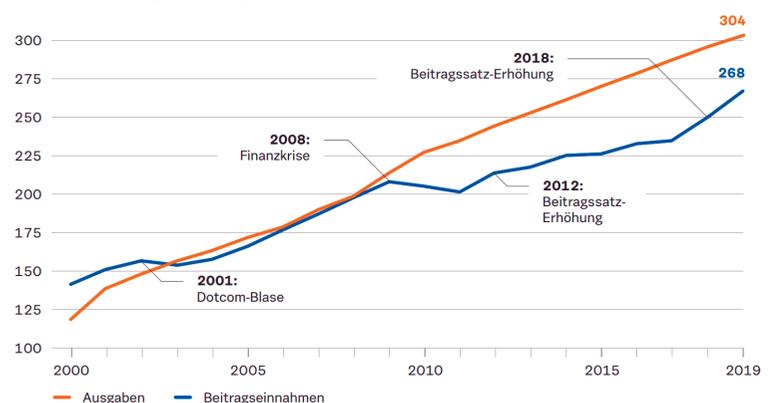
Bei meinem Vorschlag wird das Geld aus der Staatskasse nicht in die AHV verschoben, sondern direkt den Rentnern zugeteilt. Dies ist europarechtskonform. Das Geld bleibt als Wertschöpfung dem Land erhalten. Wir sind nicht verpflichtet, Geld aus der Staatskasse an alle zu verteilen, die irgendwann einmal hier gearbeitet haben. Der Landtag hat die Finanzhoheit und kann, wenn er will, den Rentnern in Liechtenstein eine Renten-Aufbesserung aus der Staatskasse geben, ohne dabei auf Rentner im Ausland Rücksicht nehmen zu müssen. Diese Idee wurde in verschiedenen gossen Zeitungen in der Schweiz ohne mein Dazutun aufgegriffen und veröffentlicht.

### Die AHV leidet unter zu tiefen Beiträgen

Die AHV-Beiträge waren von 1954 bis 2003 stets höher als die Ausgaben. Nach 2003 waren die Beiträge immer tiefer als die Auszahlungen, und das Beitragsdefizit summiert sich über die Jahre enorm (siehe nachstehendes Diagramm).

Die AHV-Reserven wurden seit dem Jahr 2000 um gut 4 Jahresausgaben abgebaut. Im Jahr 2019 entsprach eine Jahresausgabe 307 Mio. Franken. Vier Jahresausgaben wurden zwischenzeitlich abgebaut. Das entspricht 1,2 Milliarden Schweizerfranken.

Ausgaben und Beitragseinnahmen, Versicherte und Arbeitgeber, ohne Staatsbeitrag und ohne Vermögenserträge von 2000 bis 2019 (in Mio. CHF)



Die AHV-Beiträge sind stark lohnabhängig und stammen zu 96,5% aus «Löhnen». Damit die Beiträge (blaue Linie) die Ausgaben (rote Linie) finanzieren können, muss der Beitragssatz auf Schweizer Niveau angehoben werden.

## AHV könnte zu einer grossen Belastung werden

Beitragserhöhungen sind keine schöne Angelegenheit. Aber mit der hohen Auslandsverpflichtung, die Liechtenstein mit der AHV übernommen hat, muss auf Nummer sicher gegangen werden. Ansonsten könnte in Zukunft, vor allem wenn die Wirtschaft über längere Zeit einbricht, die AHV zu einer grossen Belastung für die liechtensteinische Bevölkerung werden.

Ab 2022 soll sie in Kraft treten

# Elektrisierende Fakten zur CO<sub>2</sub>-Gesetzesrevision

Von Herbert Elkuch

Die Totalrevision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes in Liechtenstein ist für den September-Landtag 2021 geplant und soll per 1.1.2022 in Kraft treten. Noch ist alles offen. Die CO<sub>2</sub>-Abgabe soll von heute 96 auf max. 210 Franken pro Tonne CO<sub>2</sub> erhöht werden. Ab 2023 sollen Neubauten durch ihre Wärmeerzeugungsanlage für Heizung und Warmwasser keine CO<sub>2</sub>-Emissionen verursachen. Im Klartext heisst dies: Ab 2023 dürfen in Neubauten keine Gasheizungen mehr eingebaut werden. Und diejenigen, die eine Gas- oder Ölheizung weiterbetreiben, bezahlen höhere Abgaben.

In der Schweiz ist von einem breit aufgestellten Wirtschaftskomitee, dem Verbände aus verschiedensten Branchen angehören, bereits das Referendum gegen das CO<sub>2</sub>-Gesetz ergriffen worden. Im Juni 2021 dürfte es zu einer Volksabstimmung kommen. Klima schützen, aber vernünftig bleiben, ist der Leitspruch.

## Ab 2023 höhere Abgaben für Gas- oder Ölheizungen

Liechtenstein ist aufgrund des geltenden Zollvertrags und der Vereinbarung mit der Schweiz zu den Umweltabgaben verpflichtet, die Regelungen des CO<sub>2</sub>-Gesetzes nachzuvollziehen, weshalb das Ergebnis der Volksabstimmung in der Schweiz abgewartet werden muss.

## Grosse Investitionen für Hausbesitzer und teurere Mieten stehen bevor

Die vorgesehene Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes trifft die Bevölkerung unterschiedlich. Bei Mietwohnungen steigen die Heizkosten, wenn mit Gas oder Öl geheizt wird. Bei älteren und preisgünstigen Wohnungen verteuert sich die Miete, wenn eine Wärmepumpe eingebaut wird und eventuell zusätzliche Heizkörper und Isolierungen notwendig sind. Nicht nur bei Mietern, auch bei Hausbesitzern, speziell Rentnern, die ein älteres eigenes Haus mit Öl- oder Gasheizung haben, entstehen Kosten. Je nach Situation muss für einen Umbau der Heizung auf elektrisch ein grosser Geldbetrag investiert werden, oder die laufenden Heizkosten erhöhen sich deutlich. Für die Wirtschaft erhöhen sich die Produktionskosten, was sich im Endverbraucherpreis und in der Exportfähigkeit niederschlägt.

## Klima schützen, aber vernünftig bleiben

Alternativ zu einer Wärmepumpe sind auch eine Holzheizung, Biogas, synthetisches Gas oder Abwärme aus der Müllverbrennung mehr oder weniger klimaneutral. Wärmepumpen sind jedoch nur dann einigermaßen klimaneutral, wenn der Strom aus 100% erneuerbaren Energiequellen («grüner Strom») stammt. Komplette CO<sub>2</sub>-freiheit ist eine Heizung nie, denn bei der Stromherstellung oder der Bereitstellung von Holz oder Gas entsteht immer eine gewisse Menge CO<sub>2</sub>.

## Vernünftiger ist, die Heizungen zu elektrifizieren anstatt Autos

Um den Klimazielen näherzukommen, ist es wesentlich gescheiter, eine elektrische Heizung (Wärmepumpe) anstatt ein mit Batterie betriebenes Fahrzeug anzuschaffen. Bei einer elektrischen Heizung können die teuren und umweltschädlichen Batterien der Autos gespart werden. Der Energieverbrauch für Öl- und Erdgas-Heizungen

in Liechtenstein liegt in etwa bei 400'000 Megawattstunden (MWh). Der Energieverbrauch im Strassenverkehr beträgt dagegen lediglich ca. 250'000 bis 300'000 Megawattstunden (MWh). Bei Heizungen ist das Einsparpotenzial daher grösser, und auf giftige Batterien kann verzichtet werden.

## Es gibt keine CO<sub>2</sub>-freie Heizung

Elektrizität zu speichern ist teuer und mit relativ hohen Verlusten behaftet, da elektrische Energie selbst nicht in grösserem Umfang speicherbar ist und zum Speichern in eine andere Energieform umgewandelt werden muss. Deshalb hat sich die Elektrizität vorwiegend für ortsfeste Anlagen etabliert. Gas, Benzin und Diesel sind für die mobilen Einsätze prädestiniert, da die Speicherung in einem Tank einfach ist und der Verlust praktisch vernachlässigbar. Es macht deshalb wenig Sinn, die Mobilität zu elektrifizieren, welche auf Batteriespeicher angewiesen ist, solange noch viele ortsfeste Heizungsanlagen elektrifiziert werden können, die keine Batterien brauchen und wo die Stromanschlüsse vor Ort sind. Ob fossile Brennstoffe durch den Betrieb eines Autos oder bei der Heizung eingespart werden, ist in der Wirkung gleich. Hingegen ist die Umweltbelastung beim Einsatz von Elektrizität in ortsfesten Anlagen um ein Vielfaches kleiner als bei Elektroautos. Grund: Die teuren und schwierig zu entsorgenden Batterien.

## Für ortsfeste Stromspeicherung gibt es umweltfreundlichere Batterien

Ich bin nicht gegen Elektroautos, aber gegen eine Subventionierung von Autos, weil wir von diesen schon genug auf der Strasse haben. Der Staat soll sich um die Grundversorgung kümmern und zuerst die Strassenengpässe ausbauen. Über Jahrzehnte musste der Autofahrer selbst für die Anschaffung eines Autos aufkommen. Dazu hat er noch erhebliche Beträge an Motorfahrzeug- und Treibstoffsteuer an den Staat bezahlt. Fehlen diese Einnahmen, muss der Staat wohl andere Steuern erhöhen. Damit wird das Verursacherprinzip verlassen. Autos brauchen Strassen, welche von diesen respektive ihren Besitzern auch finanziert werden sollten. Auch bei Elektroautos gilt: Nur wenn Strom aus erneuerbarer Energie getankt wird, sind diese tatsächlich umweltfreundlicher. Wird mit Atomstrom getankt, dann wird die CO<sub>2</sub>-Bilanz zwar verbessert, aber das Risiko einer atomaren Verseuchung bleibt.

## Batterien als Energiespeicher für Ein- oder Mehrfamilienhäuser

Wenn jemand ab Batterie die Wohnung versorgen will, können im stationären Bereich Salzwasserbatterien eingesetzt werden, welche die Umwelt weit weniger belasten als die Batterien in E-Autos. Für Autos sind diese «umweltfreundlichen» Batterien nicht geeignet, da sie viel schwerer und grösser sind und zudem den schnellen Lastwechseln bei einem Fahrzeug nicht folgen können.

## Strassenengpässe ausbauen statt Elektroautos subventionieren

Hingegen spielen für die Stromversorgung im Haus Grösse und Gewicht eine untergeordnete Rolle, und die Belastung der Batterie kann über eine elektronische Steuerung langsam hoch- und herunter-

gefahren werden. Jedoch ermöglicht auch eine Salzwasserbatterie nicht, den im Sommer anfallenden, überschüssigen Strom der Fotovoltaikanlage längerfristig zu speichern und im Winter zum Heizen zu verwenden. Der elektrische Strom muss zeitnah in der Heizperiode erzeugt werden. Eine autarke Eigenversorgung mit Fotovoltaik ohne

öffentlichen Netzanschluss ist derzeit ziemlich kostspielig und kann nur in einem Neubau vernünftig umgesetzt werden.

Anm. Klima-Neutral und CO<sub>2</sub>-frei ist nicht dasselbe. Klima-Neutral bedeutet ohne Einfluss auf den CO<sub>2</sub>-Gehalt der Atmosphäre, CO<sub>2</sub>-frei bedeutet, die Verwendung oder Produktion produziert kein CO<sub>2</sub>.

---

## Covid-19 und die Sorgen junger Menschen

**Von Tarik Hoch**

Obwohl die Wahrscheinlichkeit, an einem schweren Fall von Covid-19 zu erkranken, bei jungen Menschen am geringsten ist, haben diese während der Pandemie viel geopfert, um zum Schutz der Risikogruppen beizutragen. Die extremen staatlichen Massnahmen, die zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie ergriffen wurden, haben sich unverhältnismässig stark auf die jüngeren Generationen ausgewirkt. Es ist wichtig, sich den Zusammenhang zwischen den enormen Einschränkungen und den Kosten bewusst zu machen, die vor allem bei den jüngeren Generationen entstehen. Wir sollten erkennen, dass es nicht möglich ist, das Virus durch irgendein Mass an Einschränkungen vollständig zu eliminieren. Weitere Einschränkungen werden nur noch mehr Schaden für die Zukunftsaussichten, vor allem junger Menschen, anrichten, statt deren Wohlergehen zu fördern.

### Junge werden als egoistisch dargestellt

Es scheint, dass die Auswirkungen der Einschränkungen für Jugendliche und junge Erwachsene auf der Regierungsagenda ganz unten angesiedelt sind.

---

### Weitere Einschränkungen beschneiden Zukunftsaussichten

Es ist zutiefst beunruhigend, dass viele legitime Bedenken in Bezug auf Beschäftigungsmöglichkeiten, Bildung, soziale Kontakte und psychische Gesundheit so leicht abgetan werden. Stattdessen konzentrieren sich viele nur darauf, junge Menschen zu dämonisieren und sie als überaus egoistisch darzustellen. Im Laufe des Jahres wurde in vielen

Ländern das Bildungswesen fundamental gestört und nicht zuletzt die Jugendarbeitslosigkeit auf ein Rekordniveau getrieben. Viele der Sektoren, in denen junge Menschen traditionell eine Beschäftigung finden, sind von den staatlichen Restriktionen am stärksten betroffen. Weil junge Menschen jedoch kaum an Covid-19 erkranken, sollte es im Interesse aller sein, die Unternehmen offen zu halten und ihnen die Chance zu geben, sich vor dem finanziellen Ruin zu retten.

### Zurück zur Normalität finden

Nach meiner Auffassung wurde das Wohlergehen junger Menschen während der Krise nicht ausreichend berücksichtigt. Dies gilt insbesondere für die letzten Wochen.

---

### Studenten werden willkürlich behandelt

Seit Beginn des akademischen Jahres wurden vor allem Studenten willkürlich behandelt. Da man ihnen sagte, dass ihre Vorlesungen stattfinden würden, reisten junge Menschen vielerorts in ihre teuren Studentenunterkünfte. Sie glaubten, dass sich das akademische Jahr in einem Zustand relativer Normalität entfalten würde und dass ihre Anwesenheit erforderlich sei. Stattdessen stellte sich heraus, dass es besser gewesen wäre, zu Hause zu bleiben, da die meisten Kurse online durchgeführt und die Hochschulen auf unbestimmte Zeit wieder geschlossen werden.

Um ein tragfähiges und langfristiges Mittel zum Schutz der am stärksten gefährdeten Personen zu finden, muss der Schwerpunkt darauf gelegt werden, jungen Menschen einen Weg zurück in die Normalität zu bieten und damit eine wiederauflebende Wirtschaft zu fördern, anstatt ihre Interessen auf unbestimmte Zeit zu ignorieren.

---

## Über CHF 16 Millionen für freiwillige Teilnahme an EU-Programmen

## Inflationäre Kostensteigerungen bei «Erasmus+»

**Von Erich Hasler**

Seit 1995 nimmt Liechtenstein an den europäischen Bildungs- und Jugendprogrammen teil. Das Erasmus+ Bildungsprogramm der 4. Generation betraf die Periode von 2014 bis 2020. Die Kosten für die Programmbeteiligung beliefen sich gemäss damaligem Bericht und Antrag der Regierung für Liechtenstein für die siebenjährige Gesamtlaufzeit auf EUR 5,017 Millionen (CHF 6,15 Mio. gemäss Wechselkurs vom 1.1.2014).

Da sich, wie üblich, das liechtensteinische BIP im Verhältnis zum BIP von Island bzw. Norwegen in den letzten Jahren positiv entwickelte, stieg der liechtensteinische Beitragsanteil per Ende 2018 auf EUR 6'143'000 (Kostensteigerung von ca. 22% gegenüber dem

ursprünglichen Betrag). Per Ende 2020 dürfte die Kostensteigerung noch höher ausfallen.

---

### Wertvolle interkulturelle Erfahrungen

Liechtenstein hat bisher an drei Programmen teilgenommen, nämlich «Erasmus+», «Europäisches Statistisches Programm» und «Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft». Neu will die Regierung, dass Liechtenstein an insgesamt fünf Programmen, nämlich «Erasmus+», «Digitales Europa», «EU-Binnenmarktprogramm», «Kreatives Europa» sowie «Europäisches Solidaritätskorps», teilnimmt.

Das teuerste Programm ist «Erasmus+». Dieses Programm ermög-

licht «Jugendlichen und erwachsenen Personen aus Liechtenstein, auf vielfältigste Art und Weise wertvolle interkulturelle Erfahrungen zu sammeln. Ausserdem erhalten zahlreiche junge Menschen aus dem europäischen Raum die Chance, in Liechtenstein ein Studium, ein Praktikum, einen Freiwilligendienst oder einen Intensivkurs zu absolvieren. Sie lernen auf diese Weise unser Land kennen und sind in Zukunft in der Regel wertvolle Botschafter unseres Landes im Ausland. Zusätzlich entstehen unzählige Netzwerke, die Liechtenstein in ganz Europa weiterbringen. Insbesondere sind dabei die beruflichen wie auch persönlichen Verbindungen zu erwähnen, die aus den Projekten der strategischen Partnerschaften und der Mobilitätsprojekte entstehen.» (Zitiert aus BuA Nr. 1224/2020).

## Kostensteigerungen stehen in keinem Verhältnis

Die Teilnahme an den oben genannten fünf Programmen kostet neu EUR 15,5 Mio. In Schweizerfranken sind dies gemäss aktuellem Mittelekurs CHF 16,74 Mio. Das entspricht einer Kostensteigerung von sagenhaften 272% gegenüber dem ursprünglichen Betrag des Vorgängerprogramms. Diese Kostensteigerung steht in keinem Verhältnis, weder zur Bevölkerungsentwicklung (2014 bis 2019: +1%), Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts BIP (2014 bis 2019: + ca. 10%) noch zur Entwicklung der Steuereinnahmen (2014 bis 2019: + ca. 38%). Zu den oben erwähnten Kosten von CHF 16,74 Mio. kommen noch die Kosten, welche für die Agentur für Internationale Bildungsangelegenheiten (AIBA) anfallen (mehr als 5 Vollzeitbeschäftigte) und für den Verein aha – Jugendinformation Liechtenstein aufgewendet werden müssen.

Die Aus- und Weiterbildung unserer Jugend und auch der Lehrpersonen sind für den Werkplatz und die Zukunft Liechtensteins sicherlich von grösster Wichtigkeit. Dazu gehören natürlich auch Auslandsaufenthalte und das Erlernen von Fremdsprachen. Trotzdem darf und muss hinterfragt werden, ob die Kostensteigerung und damit das Kosten/Nutzen-Verhältnis sich noch im vertretbaren Rahmen bewegen. Auslandsaufenthalte für unsere Jugendlichen und Lehrer liessen sich auch mit einem kleineren bürokratischen Apparat organisieren. Wer einen Input zu diesem Thema hat, schreibt mir bitte unter erich.hasler@landtag.li.

Im Bereich Bildung wurden in Liechtenstein im Zeitraum 2014–2020 über hundert Erasmus+ Projekte kreiert und bei der Nationalagentur eingereicht. Projektträger waren diverse Schulen (Gymnasium, Oberschule Eschen, Realschule Vaduz, Gymnasium etc.), FL-Schulamt, VBO, Universität Liechtenstein, CIPRA International, Verein Symbiose u.a.). Nachfolgend ein von der Jury positiv bewertetes Projekt der Oberschule Eschen mit dem Titel:

### Profilierung der Schule unter Berücksichtigung demokratischer Bildungsprozesse.

«Ich war bisher auf jeder Bildungsreise dabei. Lissabon, Tallinn, Palermo und Dublin waren für mich besondere Orte des Lernens. Eine enorme Bereicherung nicht nur für mich als Lehrperson, sondern auch für unseren Teamgeist an der OSE. Ich freue mich schon sehr auf unsere nächste Destination Lyon!» (Bernadette Mair, Fachlehrerin) (Zitiert aus ERASMUS+ Best of 2014 bis 2020 (Broschüre der AIBA und Best of awards))

### Die Schweiz und Erasmus+

Die Schweiz wurde nach Annahme der Begrenzungsinitiative im Februar 2014 von der EU aus dem Erasmus+ Programm praktisch ausgeschlossen (Abbruch der Verhandlungen durch die EU). Der Bundesrat beschloss dann im Jahr 2017, auf eine Vollasoziiierung beim EU-Programm «Erasmus+» zu verzichten. Eine Vollmitgliedschaft wäre die Schweiz teuer zu stehen gekommen. Seitens der EU lagen Forderungen von 684 Millionen Franken auf dem Tisch (NZZ 27.4.2017). Dagegen hatte das Parlament 2013 bloss einen Betrag von 185 Millionen Franken gutgeheissen. Zusätzliche 130 Millionen hatte es für die nationale Umsetzung und Begleitmassnahmen gesprochen. Die schweizerischen Universitäten organisierten daraufhin den Studentenaustausch mit den europäischen Universitäten selbst und konnten mit fast allen europäischen Partneruniversitäten bilaterale Verträge abschliessen, sodass die an den schweizerischen Unis ansässigen Studenten sehr wohl die geplanten Auslandsaufenthalte absolvieren konnten. Auch ausländische Studenten konnten an den schweizerischen Unis und der ETH studieren. Allerdings kostete das Ganze den Bund viel weniger, als wenn die Schweiz Erasmus-vollasoziiert gewesen wäre.

## ÖBB-Bahnlinie: Ohrfeige für Anrainer

# Nun doch keine Lärmschutzmassnahmen?

### Von Erich Hasler

Auf eine kleine Anfrage vom 4. November 2020 antwortete Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch wörtlich: «Gemäss Lärmsanierungskonzept der ÖBB sind mit der Sanierung des Rollmaterials nur noch an einzelnen Gebäuden im Gleisbogen Schaan Grenzwertüberschreitungen vorhanden. Um diese Gebäude zu schützen, haben die ÖBB verschiedene Varianten von Lärmschutzwänden bezüglich Machbarkeit und Verhältnismässigkeit geprüft. Die Verhältnismässigkeitsprüfung erfolgte nach den Schweizer Vorgaben und hat ergeben, dass der Bau einer Lärmschutzwand im Schaaner Gleisbogen aufgrund der geringen Anzahl an Grenzwertüberschreitungen wirtschaftlich nicht tragbar ist. Dementsprechend haben die ÖBB beim Amt für Umwelt Erleichterungen beantragt.»

Das heisst nun wohl im Klartext, dass die ÖBB am Ende des Tages gar keine Lärmschutzwände bauen muss. Weder in Nendeln noch in Schaan. Eine Ohrfeige für alle Bahnanrainer. Im Bericht und Antrag der Regierung

für den S-Bahn-Ausbau waren noch CHF 5,6 Mio. für den Lärmschutz auf dem Hoheitsgebiet Liechtensteins vorgesehen. Auch wurde den Nendlern Honig um den Mund geschmiert mit der Ankündigung, dass in Verbindung mit den begleitenden Lärmschutzmassnahmen das Wohngebiet oberhalb der Bahn deutlich aufgewertet werde (Seite 97 des BuA).

## Bevölkerung hinters Licht geführt

Dabei war dem Amt für Umwelt und damit der Regierung spätestens seit September 2019 mit der Einreichung des Lärmsanierungskonzepts klar, dass die ÖBB keine Lärmschutzwände zu bauen gedenkt. Hier wurde die Bevölkerung wieder einmal tüchtig hinters Licht geführt. Jetzt wird von Seiten des zuständigen Ministers Risch argumentiert, dass das von den ÖBB eingereichte Lärmsanierungskonzept sich auf die Bestandsstrecke mit dem heutigen Verkehrsaufkommen beziehe, währenddem die Unter-

lagen zur S-Bahn-Abstimmung sich auf den Ausbau der Eisenbahnstrecke Feldkirch–Buchs für eine S-Bahn Liechtenstein mit u.a. Doppelspurausbauten und erhöhten Frequenzen infolge Personennahverkehrs bezogen hätten und dass dies zwei grundsätzlich unterschiedliche Betrachtungsstände seien. Dazu ist zu sagen, dass die Lärmüberschreitungen insbesondere eigentlich nur in der Nacht und nur durch die Güterzüge stattfinden und nicht durch die viel leiseren Personenzüge während des Tages. Dementsprechend kann davon ausgegangen werden, dass auch bei einer Realisierung der S-Bahn keinerlei Lärmschutzwände gebaut worden wären, oder es wären dann deutlich mehr Güterzüge als angekündigt verkehrt.

### Rechtsmittel gegen das Lärmschutzkonzept

Gemäss Auskunft der Regierung werden Lärmsanierungskonzept und die Sanierungsmassnahmen im Rahmen einer Kundmachung öffent-

lich aufgelegt. Für die Bahnanrainer besteht somit die Möglichkeit, eine Stellungnahme zum Lärmsanierungskonzept abzugeben.

---

## Lärmüberschreitungen nur nachts durch Güterzüge

---

Bei Bedarf kann auch die Parteistellung beantragt werden. Nach Erlass der Sanierungsverfügung mit den definitiven Massnahmen besteht für Personen mit Parteistellung die Möglichkeit, Rechtsmittel zu ergreifen.

Wer weitere Informationen benötigt, schreibe bitte an [dpl@dpl.li](mailto:dpl@dpl.li).

---

# Landesvoranschlag 2021 – Pandemie als Unsicherheitsfaktor

## Von Thomas Rehak

Der Landtag hat den Voranschlag für das Jahr 2021 ohne die Stimmen der DpL-Abgeordneten genehmigt. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie sind derzeit nicht abschätzbar. Die Prognosen für das kommende Jahr mögen zwar positiv sein, fallen derzeit aber pessimistischer aus als noch im Sommer. Es ist davon auszugehen, dass der Schatten der Krise länger anhält als zu Beginn angenommen.

---

### Schatten der Krise hält wohl länger an

---

Unser Staat ist soweit gut aufgestellt, so konnte das Eigenkapital von 2014 bis 2019 um knapp 750 Mio. erhöht werden. In dieser Legislatur konnte stets ein positives Betriebsergebnis ausgewiesen werden, was

in einer Hochkonjunkturphase für unseren Staat notwendig ist. Damit haben wir ein Polster, auf welches wir nun infolge der gravierenden wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie zurückgreifen können.

Die nun anhaltende wirtschaftliche Krise bringt nun eine Trendumkehr und einen Mittelabfluss mit sich. Dies verstärkt sich nochmals durch die bereits beschlossenen staatlichen Investitionen in die Hochbauten-Infrastruktur.

Nebst den bekannten, den Staatshaushalt massgeblich beeinflussenden Faktoren wie Wirtschaftslage und Finanzmärkte ist mit der Pandemie ein neuer Unsicherheitsfaktor hinzugekommen. Ein Kleinstaat wie Liechtenstein muss Mittel zur Krisenbekämpfung aus eigener Kraft zur Verfügung stellen können. Gerade deshalb muss die Politik bei den beeinflussbaren Staatsausgaben sparsam sein und mit den staatlichen Reserven sorgsam umgehen.

---

## Bergbahnen Malbun AG

# Staat schlechter Unternehmer

## Von Herbert Elkuch

Die Aktien der Bergbahnen Malbun AG sind überwiegend im Eigentum des Staates und der Gemeinden. Lifte und Schneekanonen sind keine Goldgrube. Der Hauptgrund für die finanziellen Schwierigkeiten der Bergbahnen Malbun AG ist das Hotel Jufa (JUFA Holding GmbH Österreich).

---

### Regierung hat sich gründlich verkalkuliert

---

Die Regierung als Vertreterin der Hauptaktionärin (=Land) stimmte an der Generalversammlung vom 17.10.2013 der Kreditaufnahme durch die Bergbahnen für das Jufa Hotel zu – und hat sich damit gründlich verkalkuliert. Kritische Stimmen im Landtag wurden damals völlig ignoriert. Als Antwort auf ein von mir gehaltenes Votum (Mai 2015) antwortete die Regierung wie folgt: «Das ist ein Projekt der Bergbah-



nen Malbun zusammen mit der Jufa-Gruppe. Sie haben Kredite dafür aufgenommen. Die Rückzahlung dieser Kredite wird erwirtschaftet aus den Erträgen der Bergbahnen und des Hotels. Und da kann man jetzt stundenlang über dieses Thema diskutieren, das möchte ich eigentlich nicht, das gehört nicht hierher.» (Th. Zwiefelhofer)

## Jetzt darf die Allgemeinheit bezahlen

Die Regierung war vom Jufa Hotel überzeugt. Wörtlich: «Die erhöhte Ertragskraft werde dazu führen, dass die Bergbahnen Malbun in Zukunft besser in der Lage sein werden, technische Ersatzinvestitionen aus eigener Kraft tätigen zu können und nicht mehr auf die Unterstützung der öffentlichen Hand angewiesen zu sein.»

Der Generalunternehmerauftrag Bauarbeiten und Elektroarbeiten des Hotels wurde an die ausländische Firma Strabag AG vergeben. Die

Vereinbarung mit der Jufa-Gruppe war wie folgt: Die Bergbahnen finanzieren das Hotel, der Hotelerslös steht alleinig der Jufa zu. Nun sind aber die Bergbahnen Malbun AG nicht einmal in der Lage, die Zinsen von 300'000 Franken und die Amortisationen von 360'000 für das von der Regierung empfohlene Projekt Jufa zu bezahlen. Der Landtag hatte dazu gar nichts zu sagen. Jetzt aber, wo die Sache schiefgelaufen ist, ist er gut genug, um aus der Patsche zu helfen, mit Geld der Allgemeinheit.

Jetzt erwägt die Regierung, die Bergbahnen Malbun vollends zu verstaatlichen. Für ein solches Ansinnen gibt es aus meiner Sicht nur ein klares NEIN. Möglich wäre u.U. die Übernahme der Unterhaltskosten der Lifte für einen sicheren Personentransport bis zu ihrem Lebensende und danach die Abbruchkosten. Die umweltschädlichen Schneekanonen staatlich unterstützen, geht nicht. Wir müssen lernen, mit der Natur zu leben, anstatt sie zu zerstören.

# VGH-Präsident korrigiert Entscheid des Landtags

## Von Herbert Elkuch

In der Entscheidung VGH 2019/131 vom 26. Februar 2020 erklärt VGH Präsident lic. iur. Andreas Batliner die stellvertretende Präsidentin des Verwaltungsgerichtshofes des VGH als befangen, weil die Vizepräsidentin der Beschwerdekommision für Verwaltungsangelegenheiten (VBK) und der Präsident des Staatsgerichtshofes in derselben, als Rechtsanwalts-gesellschaft organisierten Rechtsanwaltskanzlei tätig sind.

Auch wenn in der Entscheidung VGH 2019/131 keine Namen explizit genannt werden, sind damit VBK-Vizepräsidentin lic. iur. Christine Reiff-Näscher, VGH-Vizepräsidentin Marion Seeger und StGH-Präsident Hilmar Hoch bezeichnet, die allesamt in der Advocatur Seeger, Frick und Partner AG tätig sind. Von besonderer Brisanz ist die VGH-Entscheidung deshalb, weil der Landtag Frau Reiff-Näscher erst am 3. Oktober 2019 als Richterin in die Verwaltungsbeschwerdekommision (VBK) wählte. Vor der eigentlichen Abstimmung sprach sich der DpL-Abg. Erich Hasler öffentlich gegen die Wahl von Frau Reiff-Näscher aus, weil mit der Wahl von Frau Reiff-Näscher der ganze Instanzenzug (VBK -> VGH -> StGH) in einer einzigen Rechtsanwaltskanzlei vertreten sei und dadurch das Vertrauen der Öffentlichkeit in unsere

Justiz Schaden nehmen könnte. Der FBP-Abgeordnete und Rechtsanwalt Daniel Seeger verteidigte die Nominierung der FBP-nahen Juristin Reiff-Näscher mit dem Argument, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in einer vergleichbaren Konstellation (EGMR 19.05.2005, Steck-Risch) keine Befangenheit festgestellt habe, dies, obwohl bereits in dieser Entscheidung ein mögliches Subordinationsverhältnis als ein Befangenheitskriterium erwähnt wurde.

## Vertrauen in Justiz gestärkt

Bezeichnend in dieser Sache ist, dass auch triftige – und wie sich jetzt herausstellte absolut zutreffende – Sachargumente die beiden Regierungsparteien vom eingefädelt Postenschacher zum potenziellen Schaden des ganzen Justizwesens nicht abhalten konnten. Erfreulicherweise hat der VGH-Präsident mit seiner gut begründeten Entscheidung den «faux pas» (Fehltritt) des Landtags korrigiert. Zukünftig werden Beschwerdeführer den Ausschluss der VGH-Vizepräsidentin Marion Seeger verlangen können, wenn Frau Reiff-Näscher an der Entscheidung der Vorinstanz (VBK) mitwirkte.

# Schlusspunkt

## Von Thomas Rehak

### Betriebsdefizit von CHF 120 Mio. und 91 neue Staatsstellen in drei Jahren!

Bei der Behandlung des Landesvoranschlages 2021 und anschliessender Beschlussfassung hat die grosse Mehrheit des Landtages keinen Sparvorschlägen zugestimmt.

## Mehrheit war gegen Sparvorschläge

Der Landtag genehmigte mit den Stimmen FBP/VU/FL und DU ein Budget mit einem betrieblichen Defizit von CHF 120 Mio. für das Jahr 2021. Für den Posten «Personal» wurden Mehrkosten von 10 Mio. gegenüber dem Voranschlag 2020 genehmigt. CHF 5 Mio. betreffen

dabei den geplanten Stellenausbau um 40 Personen. Dabei wurde der Staatsapparat bereits in den beiden Vorjahren um insgesamt 51 Stellen vergrössert. Der DpL-Kürzungsantrag (CHF 1,3 Mio. oder ca. 10 Stellen) war chancenlos. Im Vergleich zum Jahr 2019 werden die Aufwände im Jahr 2021 bei CHF 862 Mio. und damit um CHF 73 Mio. höher liegen als noch 2019.

# Impressum transparent

Auflage: 21 000 Expl.

Redaktion: Dr. Erich Hasler (Leitung)

Kontakt: Demokraten pro Liechtenstein, Peter-Kaiser-Platz 3, FL-9490 Vaduz, dpl@dpl.li

Lektorat und Abschlussredaktion: Max Fischer